

# Beilage zum „Niesner Tageblatt“

Stationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Nies. Verlagsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Nies; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Nies.

Nr. 86.

Freitag, 13. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

## Frankreichs Kohlenmangel.

In seiner Drohnote weist Millerand darauf hin, daß Frankreich mit seinen 40 Millionen Menschen sich mit 3 Millionen Tonnen Kohlen monatlich begnügen müsse, während Deutschland mit 60 Millionen Bewohnern nahezu die dreifache Menge Kohle zur Verfügung habe. Und dabei sei doch Frankreich der Sieger und könne gebieten, wo es dulde und entsage! Das Schicksal der patriotischen Seele kann der Franzose nun einmal nicht lassen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß Frankreich von England und Amerika die Kohlen bekommt, die es braucht — wenn gleich unter erheblichen Kosten — und daß die Wiederherstellungskommission ganz genau zahlenmäßig darüber unterrichtet ist, wieviel Kohle wir fördern und wieviel wir abgeben können, ohne daß unser karglicher Ueberrest an industrieller Erzeugung völlig zusammenbricht. Und wer unser wirtschaftliches Leben beobachtet, wo immer mehr Betriebe zum Erliegen kommen, wer die Beleuchtungsstände in Stadt und Land kennt, die eigentlich schon gar nicht mehr Zustände genannt werden können, der weiß in der Tat, daß wir in der Kohlenablieferung schon über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit hinausgehen und tatsächlich Raubbau an unserem wirtschaftlichen Leben treiben, indem wir über unsere Kraft hinaus Kohlen abgeben.

Nur ein wahres Gemüt kann annehmen, daß den Franzosen dieser Tatbestand nicht ganz genau bekannt wäre. Deutschland ist von Kontrollkommissionen darauf überwacht, nicht bloß in seinen politischen, sondern auch in seinen wirtschaftlichen Funktionen, Bedürfnissen und Leistungen in allen Einzelheiten von der Entente so haarscharf überwacht, daß eine Benachteiligung Frankreichs in dem Sinne, wie ihn Millerand seiner Note unterstellt, von vornherein vollständig ausgeschlossen, wie tatsächlich unmöglich ist. Aber auch hier handelt es sich, wie bei den Auslieferungsfragen, durchaus nicht um den vorgeschätzten Zweck. Wenn Deutschland auch die ganze Kohle liefern würde, auf die Frankreich Anspruch erhebt, so würde bei der Herrichtung des französischen Verkehrswesens und der französischen Industrie doch kein anderes Ergebnis herauskommen wie jetzt. Den Franzosen ist es ja auch nicht um die deutsche Kohle zu tun, als vielmehr um das deutsche Land. Sie wollen ihr Besorgnis über die Erweiterung und Verlängerung, zu demselben Zweck ist der Friedensvertrag von Versailles von vornherein schon damit abgefaßt, daß er dem einen Teile alle Rechte und alle Macht gibt, dem anderen Teil aber alle Pflichten und alle völlige Wehrlosigkeit auferlegt. Da alle Pflichten nicht immer erfüllt werden können, auch nicht beim Lokalen Willen, so hat der Vertragsgegner jederzeit bequemen Anlaß, über „Vertragsbruch“ zu klagen und die Vergeltungsmaßnahmen anzusetzen. So macht es jetzt Herr Millerand. Auf den Kohlenkrieg schlägt er, und die Verhängung der Rheinlande meint er.

Un diese Methoden der Friedenspolitik der edlen Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte mühen wir uns gedulden. Und ein Ende ist leider nicht abzusehen; denn aus Deutschland ist immerhin noch manches herauszuholen, und so lange wir auch nur ein Demb am Leibe haben, wird die Spoliertragedie immer aufs neue einsetzen.

## Die Beratungen in London.

Der Pariser Vertreter der „Baleier Nationalzeitung“ legt das Ergebnis der gestrigen Londoner Beschlüsse dahin zusammen, man sei sich in Paris durchaus darüber klar, daß nunmehr in London die Brücken zur bisherigen auswärtigen Politik der Entente abgebrochen worden seien.

Abendung der neuen Note an Holland.  
Die neue Note der Allierten an Holland in der Frage der Auslieferung des Kaisers ist vorgelesen von dem Premierminister fertiggestellt und abgelesen worden.

Geraldeung der Kohlenlieferungen abgelehnt.  
Darauf meldet vom Dienstag abend: Der Alliertentrat hat eine Herabsetzung der Kohlenlieferungen durch Deutschland abgelehnt. Man wird Deutschland eine angemessene Frist stellen, um die Folgen des Friedensvertrages abzuwenden.

Prof. Hofter stellt in der „Tribune de Lausanne“ zu den von Frankreich in Erwägung gezogenen militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland fest, daß nach Art. 378 des Versailler Vertrages lediglich der Völkerbund über etwaige Differenzen zwischen den Vertragssteilnehmern zu entscheiden habe.

Raut „Allg. Handelsbl.“ hat der Führer der Obersten im englischen Unterhaus Sir David Maclean angekündigt, daß er einen Änderungsantrag betreffend die Revision des Friedensvertrages einbringen werde. Maclean sagte, auch der französisch-englisch-amerikanische Vertrag müsse abgeändert werden.

## Friedensangebote an das polnische Volk.

Aus Warschau wird gemeldet: Polen wurden neue Friedensbedingungen gemacht. Sie stammen diesmal vom russischen Zentralkomitee der Sowjets, das an das polnische Volk ein Manifest richtet und es auffordert, die Vorschläge, welche ihm von der Regierung in Moskau gemacht worden waren, mit Vertrauen entgegenzunehmen.

Eine Abteilung der in Südrussland kämpfenden Sowjettruppen hat das Alowsche Meer überquert und sich am Endeuser festgesetzt.

## Der Verlust Nordschleswigs.

Das endgültige Abstimmungsresultat.

wid. Flensburg, 12. Februar.  
Das Pressebüro der internationalen Kommission für Nordschleswig macht bekannt, daß auf Grund einer Nachprüfung sei der Abstimmung in der ersten Zone insgesamt 100 082 Stimmen abgegeben worden, und zwar 75 161 für Dänemark und 25 261 für Deutschland.

Abstimmung in der 2. Zone Schleswigs am 14. März.  
Die dänischen Vertrauensleute der zweiten Zone haben eine Eingabe an die internationale Kommission gerichtet, den Abstimmungsstermin noch hinauszuschieben. Diefen Wunsch hat die internationale Kommission nicht gegeben und den Termin für die Abstimmung vom 7. März auf Sonntag, den 14. März, festgesetzt.

Der dänische König über das Ergebnis.  
Im dänischen Staatsrat erklärte Ministerpräsident Softe zur Abstimmung in der ersten Zone: Die Bestimmungen des Friedensvertrages sichern die Erfüllung der nationalen Forderung der Wehrheit zu, und so begrüßt es der Staatsrat, daß Dänemark bald erwarten könne, durch ein solches und teures Band mit Dänedanten vereint zu werden, deren unvergängliche und tapfere Taten gegen Väterland und Vätergräber sie zu unermüdlichen Helden

## 24 stündiger Protest-Streik in Blauen.

mit. Blauen i. D., 12. Februar.

Die Vorstehenden der Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Betriebe beschlossen einen 24stündigen Streik als Protest gegen die Anwesenheit der Reichswehrtruppen und das Verbot der unabhängigen Volkzeitung. Vorher den lebenswichtigen Betrieben wurde die Arbeit fast vollständig. In Ausnahmefällen ist es nicht gekommen.

Auch die Arbeiter der Bogtändlichen Maschinenfabrik, sowie das Fahrpersonal der Straßenbahn waren in den Ausstand getreten. Weiter ruhten fast alle Betriebe der Stickerie, Spinnen- und Konfektionsindustrie, dagegen hatten die Buchdrucker eine Beteiligung abgesehen, so daß die Zeitungen erscheinen. Dem Streik schlossen sich übrigens auch die Angestellten der Ortskrankenkasse an, was von vielen Kassensmitgliedern, die im Kassengebäude irgend etwas erledigen wollten, recht unangenehm empfunden wurde. Auch die Gemeindearbeiter waren, soweit sie nicht in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt sind, am Ausstand beteiligt. Das Militär hatte den Schutz der Arbeitswilligen übernommen und mit allen ihm zur Gebote stehenden Mitteln durchgeführt. Streikposten vor einzelnen Betrieben sind verhaftet worden. Auch ist in der Nacht zum Donnerstag der Schriftleiter Wuchta von der unabhängigen „Allstg.“ als Urheber des politischen Streiks verhaftet worden.

Der

## Kommunistenführer Goetz erschossen.

mit. Falkenstein, 12. Februar.

Der von der Staatsanwaltschaft Blauen seit langem gesuchte Kommunistenführer Eisenbahnbautechniker Mag Goetz, so dessen Ergreifung eine Verlobung von 5000 Mk.

machte an der Arbeit für Danemarks Zukunft. Hierauf führte der König in einer Ansprache aus, daß sein Großvater vor 50 Jahren den Schmerz des Volkes über die Verletzung des Landes zum Ausdruck gebracht, aber in seinem Glauben die Hoffnung bewahrt habe, daß einst der Tag der Befreiung kommen werde. Ihm sei das Lob zugefallen, den großen Tag zu leben. In dieser Dankbarkeit und in der Hoffnung auf die Zukunft richte er den ersten Willkommenstrahl an die zurückkehrenden Landsleute.

In den Ausstellungen der Presse merkt man deutlich die Enttäuschung über den Sieg des Deutschtums in dem bisher als dänisch angesehenen Sonderburg und Apenrade. Sehr enttäuscht ist vor allem „Berlingske Tidende“, während die chauvinistische „Nationaltidende“ den deutschen Erfolg in dieser Stärke dadurch abschwächen sucht, daß sie meint: der Erfolg sei lediglich auf die aus Deutschland anreisenden zahlreichen Stimmberechtigten zurückzuführen.

## Die Verstaatlichung der Bergwerke vom englischen Unterhaus abgelehnt.

mit. London, 12. Februar. (Reuter.)

Bei der Unterhausdebatte über die Antwortadresse auf die Thronrede lehnte Lord George, als er auf den Antrag der Arbeiterpartei betreffend Verstaatlichung der Bergwerke zu sprechen kam, den Grundgedanken der Verstaatlichung ab. Auf die Drohung der Arbeiterpartei mit einer direkten Aktion erklärte er: Eine direkte Aktion bedeutete die Herrschaft einer vorwärtenden Minderheit. Dagegen wird die Regierung bis zum Tode kämpfen. Der Antrag der Arbeiterpartei auf Verstaatlichung der Bergwerke wurde darauf mit 329 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

## Französisch-slawisches Bündnis gegen Italien?

tu. Rom, 13. Februar.

Eine gewaltige Aufregung verursacht eine Enthüllung der „Idea Nazionale“. Es handelt sich um zwei Dokumente, die das Volk aus Venedig erhielt. Das eine Dokument enthält eine Anfrage der südslawischen Regierung an die französische Regierung wegen einer militärischen Konvention zwischen beiden Ländern, die direkt gegen eine Mittelmeer-macht gerichtet sein soll; es handelt sich hier um Italien. Das zweite Dokument stammt aus Frankreich und enthält eine Reihe von Bemerkungen einer Kommission, die von der französischen Regierung mit der Prüfung der südslawischen Frage betraut worden war. Die wichtigsten Punkte sind die Bemerkungen zu Artikel 4 des Vertragsentwurfes. Die Kommission schlägt vor, daß im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und der erwähnten Mittelmeer-macht, Jugoslawien nicht direkt eingreifen, sondern neutral bleiben soll, um die Angriffe feindlicher Mächte zu verhindern. Die „Idea Nazionale“ bemerkt zu diesen Dokumenten, das sei offenbar der Schlüssel für das Verhalten Frankreichs bei den letzten Verhandlungen in der Vriatfrage. Frankreich sei gewillt, das ganze östliche Adriatisches Jugoslawien zuzuteilen, d. h. für sich selber freizulassen.

## Aus der

## Begründung der französischen Liste.

Aus der sehr ausführlichen Begründung der französischen Auslieferungsliste teilt die „Dena“ die folgenden Abschnitte mit, die sich auf die bekanntesten Heerführer beziehen.

Fronprinz Rupprecht von Bayern:  
„Gib den formalen Befehl, keinen englischen Gefangenen zu machen. Zuwiderhandelnde Soldaten wurden streng bestraft. Gefangen genommene Engländer wurden nicht nach Deutschland geschickt, sondern mit rüchlings gebundenen Händen und verbundenen Augen ins Hauptquartier abgeführt; unmittelbar darauf wurden sie durch Offiziere erschossen. Der größte Teil von ihnen wurde verwundet. Der deutsche General Voegelzbad (?) schrieb an seinen Vorgesetzten: „Es herrscht ein allgemeines Haß gegen die Engländer, der sich in der Weise in der Armee kundgibt, daß man fast keine Gefangenen macht und alles niedermerdet.“ (August/September 1914.)

Trägt die Verantwortung für die methodisch unternommenen Verbrechen, denen sich im August und September 1914 die meisten Einheiten, die seinem Kommando unterstellt waren, innerhalb seines Armeebereichs schuldig gemacht haben, ganz besonders in Douville (Maritime-Küste), wo sich der Kronprinz von Bayern und Armee-

ausgesetzt war, ist gestern nachmittag durch Reichswehrtruppen hier verhaftet worden. Bei seinem Abtransport verhafteten mehrere Männer, den Verhafteten zu befreien. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf Goetz erschossen wurde. Er war in den vergangenen Monaten bereits viermal verhaftet, aber jedesmal durch seine Genossen gewalttätig befreit worden.  
Goetz war aus Moritz bei Nies gebürtig.

## Die „Leitiger Volkszeitung“ erscheint wieder.

Die „Leitiger Volkszeitung“ darf wieder erscheinen. Die Angestellten und Arbeiter der Zeitung haben Klage auf Bezahlgung der ausstehenden Löhne eingereicht, da die Aktiengesellschaft sich geweigert hat, die ausgefallenen Wochen zu veröffentlichen.

## Die Dresdner Buchdruckerinnen gegen das Verbot der „Volkszeitung“.

Die Dresdner Buchdruckerinnen haben in einer Versammlung folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die Mitgliedschaft Dresden des Verbandes Deutscher Buchdrucker protestiert auf das Euergeisste gegen die willkürliche Unterdrückung der Dresdner unabhängigen Volkszeitung; sie ist gewillt mit allen Mitteln gegen die völlig ungesetzliche Presseunterdrückung anzukämpfen. Ein von dem Vertreter der U. S. D. eingebrachter weitergehender Antrag wurde abgelehnt.

## Die Jenaer „Neue Zeitung“ verboten.

Die in Jena erscheinende „Neue Zeitung“, unabhängiges sozialistisches Organ, ist wegen einer Reihe von Auffassungen auf die Dauer von vierzehn Tagen in jeder Erscheinungsweise verboten worden.

oberbefehlshaber am 22. August 1914 aufhielt. An diesem Tage wurden alle Häuser des genannten Dorfes, 136 an der Zahl, von den bayerischen Truppen methodisch geplündert, darauf 15 Wohnhäuser mit vollem Bewußtsein in Brand gesteckt. Der Bürgermeister und der Pfarrer des Ortes wurden erschossen.

Wegen der Zerstörung von Cambrai. Im Augenblick des Ausbrechens des Brandes erschienen deutsche Partisanen in der Stadt, die demütiglich leuchtend über den Verwüstungen die Häuser vom Keller bis zum Boden mit einem Schläge in Brand setzten. Es waren auch die Truppen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, die bei ihrem Rückzug Feuer an die Stadt gelegt haben.  
General von der Harwitz:  
„Wegen des Befehls an die Truppen, Zivilpersonen niederzumachen, zu plündern und die Bevölkerung zu terrorisieren.“

General v. Plettenberg:  
„Wegen des Befehls, Weims und andere Gegenden Ostfrankreichs in Brand zu stecken und zu plündern.“  
General v. Deimling:  
„Wegen Plünderungen und Brandlegungen in Raon l'Étape und Allarmont.“

General v. Königslas:  
„Wegen der Plünderung von Romens.“  
Generale v. Ruffe und v. Dauten:  
„Wegen der Verbrechen von Longuon, Longuon, Perthes, Le Chateau.“

General v. Bülow, Oberbefehlshaber der 2. Armee:  
„Gib den Befehl zu Brandlegungen und Niedermerdungen. Ferner wegen seiner in Lüttich am 22. August 1914 angelegenen Bekanntmachung: „Mit meiner Einwilligung hat der mit dem Kommando beauftragte General die ganze Ortschaft niederbrennen lassen und ungefähr 100 Personen hingerichtet worden. Der Oberbefehlshaber der 2. Armee: v. Bülow.“

Wegen der Freisgabe Weichs zur Plünderung und des Befehls, die Einwohner zu erschlagen; wegen Ermordung französischer Soldaten.

Verantwortlicher Urheber für die Beschädigung der Kathedrale und der Stadt Weims.  
Wegen Plünderung von Reims-l'Église (Marne) (5. bis 11. September 1914) und des Schlosses Marais (Aisne) im Verlauf der Besetzung.“

General v. J. v. Beslow:  
„Wegen Plünderungen, Einwohnerdeportationen, militärischen Zwangsarbeiten, Verhängung von Kollektivstrafen, Raubaktionen ohne Unterscheidung, Zwangsverwertung von Geld usw. während der Besetzung (Aisne und besetzte Gebiete). Ferner wegen Plünderung von Douai und Beschädigung von Saint-Amand, endlich wegen systematischer Verbrechen und Plünderungen in Reims.“

Friedrich Wilhelm v. Hohenzollern:  
„Trägt die Verantwortung für den Befehl, alle Dörfer niederzubrennen, in denen sich französische Soldaten befanden. Ist ferner verantwortlich für die Raubaktionen in Côte-Sommery und für die Urteile des Kriegsgerichtes, in dem er am 9. September 1914 in Cels-Fontaine (Meuse) den Vorzug führte und das die Todesstrafe nach am selben Tage vollstreckt ließ.“

Wegen Plünderungen von Metzler-Charville, und ganz allgemein der Befehl gefaßten Gebiete. Wegen Einwohnerdeportationen, systematischen Verwüstungen, wegen nach Deutschland geschickter Beute und wegen der Beschädigung von Geld in den Banken.

Endlich wegen der Plünderung von Coince (Aisne), wo er alle Kostbarkeiten aus seinem Quartier vom 27. Mai bis 8. Juni 1918 fortischleppte.“

General v. Hind:  
„Wegen Brandlegung, Plünderung und Hinrichtung von Zivilpersonen in Senlis und zahlreichen anderen Gemeinden des Departements Oise.“

Prinz Eitel Friedrich v. Hohenzollern:  
Verantwortlich für die Plünderungen von Romme und der Schloßer Haricourt, Fretz, Grouilly (Somme) und Gailaincourt (Aisne). Ferner wegen Verletzung diplomatischer Vorrechte.“

Prinz August v. Hohenzollern:  
„Wegen der Ausplünderung von Saint-Omer und der dortigen Industrie und der Plünderung von Verbrés und Fontaine-les-Vervins (Aisne).“

Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff:  
„Wegen verbrecherlicher Deportationen, Verhaftungen mit bewaffneter Hand, Verwundungen durch Explosivstoffe, Feuer, Verwüstungskommandos und besondere Verbrechen. Wegen verwerflicher Maßnahmen gegen die Bevölkerung, sogenannte ärztliche Untersuchungen von Frauen und jungen Mädchen, wegen Gräbergründung, Verwund-